

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
171 · Ausgabe CH · September 2017
AZB 3001 Bern



Renten sichern.

AHV stärken am
24. September

**JETZT
NOTIEREN:
AM 3. NOVEMBER
FEIERN WIR
100 JAHRE
SP FRAUEN***

Zwei Ja für die AHV

Am 24. September können wir mit unserer Stimme für die «Altersvorsorge 2020» die Finanzen der AHV sichern. Und dafür sorgen, dass die AHV-Renten erhöht und die Löhne in der Pensionskasse besser versichert werden. Seiten 2 und 3

DISKUTIEREN MIT WEITBLICK

Zum vierten Mal haben sich Genossinnen und Genossen aus der ganzen Schweiz in der Sommeruni getroffen, um die wichtigen Fragen der Welt zu diskutieren. Seiten 14 und 15

#KÖNIZ KANN MEHR

Mit einer engagierten Kampagne will die SP Köniz nach vier Jahren das Gemeindepräsidium und den zweiten Sitz im Gemeinderat zurückgewinnen. Seite 16

«Jedem nach seinen Bedürfnissen, jeder nach seinen Fähigkeiten»



SP Schweiz

Clément Borgeaud

denen die AHV den Veränderungen der Gesellschaft und den Bedürfnissen der älteren Personen angepasst wurde. Nach zwanzig Jahren Blockade ist es nun Zeit, an eine Geschichte anzuknüpfen, die immer die Reformfähigkeit und das solide Fundament der ersten Säule gezeigt hat.

Warum sollen wir Ja sagen zur Reform «Altersvorsorge 2020»?

Weil damit das Rentenniveau erhalten bleibt. Die gestiegene Lebenserwartung bringt mit sich, dass das in der beruflichen Vorsorge angelegte Kapital auf einen längeren Zeitraum verteilt werden muss. Die Reduktion der Pensionskassen-Renten wird massgebend durch eine Erhöhung der AHV-Renten kompensiert. Den Regler von der zweiten auf die erste Säule zu verschieben, ist eine alte sozialdemokratische Forderung: Die AHV kommt dem Grundsatz «Jedem nach seinen Bedürfnissen, jeder nach seinen Fähigkeiten» am nächsten.

Wem kommt das in erster Linie zugute?

Die AHV ist die Versicherung der kleinen Leute. Die Reichen brauchen sie nicht, aber die AHV braucht die Reichen. Deshalb haben diese immer die berufliche Vorsorge bevorzugt, die sie nicht dazu zwang, mehr einzuzahlen als das, was sie bei der Pensionierung erwarten konnten. Und die Versicherungen, die diese Goldgrube verwalten und davon profitieren, bekämpfen ebenso jede Stärkung der AHV. Diese Stärkung sowie die Berücksichtigung der Teilzeitarbeit für den Zugang zur beruflichen Vorsorge kommen vor allem den Frauen zugute, die in Tieflohnbranchen und häufig Teilzeit arbeiten. Und die Bauern, Handwerker und Selbstständigerwerbenden, die keine berufliche Vorsorge haben, können nur auf die AHV setzen. Zudem können Personen, die in den Jahren vor der Pensionierung arbeitslos werden, nicht mehr aus der Versicherung ausgeschlossen werden.

Welche Risiken bringt eine Ablehnung mit sich?

Ich habe in der Invalidenversicherung eine ähnliche Situation erlebt. Alle Versuche von Flavio Cotti und mir, ihre Finanzierung rechtzeitig zu sichern, wurden von der Rechten abgelehnt. Diese wollte die IV ausbluten, um Leistungskürzungen zu rechtfertigen. Die 0,3 Prozent Mehrwertsteuer, die schliesslich beschlossen wurden, um die Schulden der IV gegenüber der AHV zu senken, konnten den Druck, der auf dieser Versicherung lastet, nicht mindern. Genauso verdächtige ich nun die Rechte, dass sie die Rentenreform bekämpft, um eine Verschlechterung der finanziellen Lage beider Säulen herbeizuführen: Nicht morgen, aber in ein paar Jahren würde dann das Defizit des Altersvorsorgesystems ebenso wie das Ungleichgewicht zwischen den einzahlenden und beziehenden Generationen als Vorwand dienen, um die Zukunftsangst und die Wut weiter zu schüren. Drakonische Massnahmen hätten dann gute Chancen, angenommen zu werden.

ALS VORSTEHERIN DES DEPARTEMENTS DES INNERN LEITETE RUTH DREIFUSS DIE KAMPAGNE ZUR LETZTEN ERFOLGREICHEN ALTERSREFORM. SCHON DAMALS, 1995, WAR DIE AHV-REFORM ERGEBNIS EINER LANGEN KONSENSFINDUNG. WIR HABEN RUTH DREIFUSS EINIGE FRAGEN ZUR REFORM «ALTERSVORSORGE 2020» GESTELLT, FÜR DIE SIE SICH MIT ÜBERZEUGUNG EINSETZT.

Ruth, du warst verantwortlich für die letzte vom Volk gutgeheissene AHV-Reform. Ist das Umfeld heute anders als damals?

Wir müssen uns zwei Dinge vor Augen halten: Die Einführung der AHV 1948 kam erst nach einem langen Kampf zustande. Und seitdem gab es nicht weniger als zehn Revisionen, mit

2 X JA ZUR REFORM «ALTERSVORSORGE 2020»

Sichere Renten für alle

MIT DER REFORM «ALTERSVORSORGE 2020» WERDEN DIE RENTEN GESICHERT UND DIE AHV, UNSER SOLIDARISCHES UND WICHTIGSTES SOZIALWERK, WIRD MASSGEBLICH GESTÄRKT.

SCB



Die Reform «Altersvorsorge 2020» ist ein Gesamtpaket, mit dem AHV und Pensionskassen in einem Zug reformiert werden. Die Reform ist nötig, weil einerseits die AHV durch die Pensionierung der Babyboom-Generation unter Druck gerät und andererseits die Pensionskassen unter den tiefen Zinsen auf den Kapitalmärkten leiden. Sie sichert die Renten der jetzigen und der künftigen Rentnerinnen und Rentner.

Endlich Fortschritte bei der AHV

Dank der Reform werden die AHV-Renten erstmals seit 42 Jahren real erhöht. Damit wird der wichtigste Pfeiler unseres Sozialstaats, der für einen Ausgleich zwischen den Generationen sowie zwischen den Superreichen und dem Rest der Gesellschaft sorgt, endlich gestärkt. Die Erhöhung der AHV-Renten ist vor allem auch für Frauen wichtig, weil sie von der solidarisch finanzierten AHV besonders stark profitieren. Für 500 000 erwerbstätige Frauen, die heute nur bei der AHV versichert sind und keine Pensionskassenrente erhalten werden, ist das eine überfällige Rentenerhöhung.

Finanzierung der AHV wird gesichert

Wegen der «Babyboomer» steigt die Zahl der Rentnerinnen und Rentner vorübergehend stark an. Eine Zusatzfinanzierung sorgt dafür, dass die AHV bis mindestens 2030 finanziert ist. Eine Milliarde wird jährlich der AHV zufließen, ohne dass wir mehr bezahlen müssen: 0,3 Mehrwertsteuer-Prozente, die heute für die Sanierung der IV erhoben werden, fliessen ab 2018 in die AHV. 2021 kommt es zu einer bescheidenen Anhebung von 8 auf 8,3 Prozent. Auch die Erhöhung der Lohnabgaben für die AHV-Erhöpfung fällt moderat aus: Für Arbeitgeber und Arbeitnehmer steigen sie um je 0,15 Prozent.

Höhere Pensionskassenrenten für Frauen

Die Pensionskassenrenten der Männer sind heute im Schnitt dreimal so hoch wie jene der Frauen. Dank der Reform können die Frauen aufholen, denn Teilzeitarbeit wird künftig in den Pensionskassen besser versichert. Die stossende Rentenungleichheit in der zweiten Säule wird so reduziert. Dafür müssen zwar viele Arbeitnehmerinnen mehr Pensionskassenbeiträge bezahlen. Die

Arbeitgeber bezahlen aber mindestens die Hälfte der Beiträge, und unter dem Strich erhalten die betroffenen Frauen eine deutlich höhere Rente als heute.

Rentenanspruch bei Stellenverlust

Ältere Arbeitnehmende werden bei Stellenverlust vor der Pensionierung (ab 58) nicht mehr wie heute aus der Pensionskasse ausgeschlossen. Auch wenn sie keine neue Stelle finden und keine Beiträge mehr bezahlen, muss ihnen künftig die letzte Pensionskasse eine Rente bezahlen. Die Zeiten sind damit vorbei, als die Betroffenen gezwungen wurden, das Kapital zu beziehen und es oft gar bereits vor dem Pensionsalter anzuzapfen.

Flexiblere Pensionierung wird erleichtert

AHV- und Pensionskassenrenten können heute nur komplett bezogen werden. Wer nicht bis zum ordentlichen Pensionsalter voll arbeiten kann, hat Schwierigkeiten, schrittweise in Pension zu gehen. Neu können Teilrenten mit einem reduzierten Arbeitspensum kombiniert werden. Zudem wird die AHV-Rente bei einem Vorbezug weniger stark gekürzt als heute.

DARUM GEHT ES

2014 präsentierte der Bundesrat eine umfassende Reform von AHV (erste Säule) und Pensionskasse (zweite Säule). Das Parlament verbesserte die Vorlage, um das Rentenniveau insgesamt zu erhalten. Wegen tiefer Renditen an den Kapitalmärkten wird zwar der Umwandlungssatz der Pensionskassenrenten von 6,8 auf 6,0 Prozent gesenkt. Und das Rentenalter für Frauen wird auf 65 Jahre erhöht. Als Kompensation dafür werden jedoch alle AHV-Neurenten um 840 Franken pro Jahr erhöht. Zudem wird die Obergrenze der Ehepaarrenten von 150 % auf 155 % der maximalen Einzelrente erhöht. Ehepaare erhalten dadurch jährlich zwischen 1680 und 2712 Franken mehr Rente. In der Pensionskasse wird neu ein grösserer Teil des Lohns versichert, was die Benachteiligung von Teilzeitarbeit und tiefen Einkommen weitgehend beseitigt. Personen über 45 profitieren zudem von einer Besitzstandsgarantie und spüren die Senkung des Umwandlungssatzes nicht.



STAND PUNKT

Leyla Gül,
Co-General-
sekretärin der
SP Schweiz

Liebe Funda Yilmaz!

Ich möchte Ihnen danken. Dank Ihnen ist ein grösserer politischer Schandfleck offen zutage getreten: das Einbürgerungsverfahren; dieses selbstgereehte Schweizermachertum, das trotz wie der Gesslerhut die letzte und entscheidende Bastion auf dem Weg zum Schweizer Pass bildet. Und bevor die Mitglieder der Einbürgerungskommissionen wütend in die Tasten hauen, um mir zu schreiben, dass man den Job auch gut machen könne: Ich weiss! Unbedingt! Merci für eure Arbeit! Es geht mir nicht um die Menschen, sondern um das Verfahren. Ein Verfahren, das entscheidet, ob ich Zugang zu den demokratischen Rechten habe – ungeachtet davon, wie lange ich schon in der Schweiz lebe, arbeite, Steuern zahle, Pingpong spiele oder im Schachclub bin. Wie Sie vielleicht wissen, haben wir vor einem Jahr die Einbürgerungskampagne lanciert. Seither haben sich über 1000 Menschen gemeldet, die Fragen hatten, merkwürdige Erfahrungen gemacht haben oder demotiviert waren. Ich kann hier nicht alle Beispiele auflisten. Aber exemplarisch diese: Herr K. erfüllt die Kriterien für die Einbürgerung; er hat ein Gesuch bei der Gemeinde Ch. eingereicht. Das ist vier Jahre her; er hat nicht einmal eine Eingangsbestätigung erhalten. Frau Z. hat den Integrationstest bestanden und die Gebühren von 2000 Franken bezahlt. Da die Gemeindeverwaltung innert zweier Jahren auf das Gesuch nicht eingetreten ist, ist der Test verfallen und muss wiederholt werden. Die Kosten trägt Frau Z. Sie, Frau Yilmaz, sehen also: Sie sind nicht allein. Vielleicht beruhigt Sie das, aber eigentlich ist das ja die schlechte Nachricht. Nach einem Jahr und unzähligen Berichten können wir sagen: Das Einbürgerungsverfahren in der Schweiz hat eklatante Schwachstellen. Ich weiss nicht, ob Sie es auch sind – ich jedenfalls bin froh, dass Ihr «Fall» Wellen geworfen hat, auch wenn die Reaktionen der Bürgerlichen übel waren. So wissen wir nun, dass 18-Prozent-Müller die Fragen für doof hält und es SVP-Rickli krass findet, dass man Sie nicht einbürgert, hingegen viele nicht Integrationswillige schon. Womit wir wieder beim Anfang wären. Nicht die Fragen sind doof, das Verfahren ist es. Es ist ein Systemfehler, der doofe Fragen und sehr viel Willkür zulässt. Deshalb nochmals: Danke und viel Glück! Vielleicht haben Sie den Weg geebnet für andere Einbürgerungen. Oder im besten Fall für ein neues, nüchternes, standardisiertes Verfahren, wie es sich für eine Demokratie gehört.

JA ZUM BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Vom Feld bis auf den Teller

DER GEGENENTWURF ZUR INITIATIVE «FÜR ERNÄHRUNGSSICHERHEIT» IST EIN AUSGEWOGENER KOMPROMISS. ER BESTÄTIGT DIE AUSRICHTUNG DER AKTUELLEN LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK. UND ER IST – IM GEGENSATZ ZUR INITIATIVE – AUF DIE GESAMTE WERTSCHÖPFUNGSKETTE AUSGERICHTET.

Schutz von Kulturland und natürlichen Grundlagen

Schweizer Landwirtschaftsflächen müssen so bewirtschaftet werden, dass sie langfristig fruchtbar bleiben. Der Schutz des Kulturlandes und die Schonung der Ressourcen, wie sie der Gegenvorschlag verlangt, sind Grundlage für die Produktion von einheimischen Lebensmitteln. Eine nachhaltige Bewirtschaftung verbessert ausserdem den Schutz vor Naturkatastrophen und schafft Lebensqualität für die Bevölkerung und den Tourismus.

Nachhaltige Handelsbeziehungen

Die Schweiz ist wegen ihrer limitierten Landwirtschaftsflächen und wegen des Klimas seit jeher auf den grenzüberschreitenden Handel angewiesen. Stabile Handelsbeziehungen mit dem Ausland sind

deshalb zentral für die Ernährungssicherheit. Der Gegenvorschlag verankert diese in der Verfassung. Er fordert auch, dass der grenzüberschreitende Handel zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beiträgt.

Schonender Umgang mit Lebensmitteln

Der Gegenvorschlag schreibt einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln in der Verfassung fest. Heute landet in der Schweiz ein Drittel der Lebensmittel im Müll. Durch einen bewussteren Umgang kann der Anteil der Lebensmittelabfälle deutlich verringert werden. Produktkennzeichnungen, Sensibilisierungsmassnahmen oder die Aufnahme des Themas in den Schulunterricht sind mögliche Ansatzpunkte.



DIE TRANSPARENZ-INITIATIVE STEHT!

Wir haben über 120 000 Unterschriften für die Transparenz-Initiative gesammelt – sie ist damit zustande gekommen! Herzlichen Dank an alle, die in den letzten Monaten auf der Strasse oder anderswo Unterschriften gesammelt haben. Die Einreichung der Transparenz-Initiative findet am 10. Oktober 2017 in Bern statt. Interessierte sind herzlich willkommen!

Mehr Demokratie in den Medien

IN DEN NÄCHSTEN JAHREN WERDEN DIE WEICHEN FÜR DAS ZUKÜNFTIGE MEDIENSYSTEM DER SCHWEIZ GESTELLT. ES GEHT UM EINEN GRUNDSATZENTSCHEID: KONZERNMEDIEN, KOMMERZ UND «FAKE NEWS» ODER VIelfALT, SERVICE PUBLIC UND QUALITÄTSJOURNALISMUS?

Medienpolitische Massnahmen zugunsten eines demokratiegerechten Mediensystems sind heute dringender denn je. Erst vor zwei Wochen hat Christoph Blocher sein Medienimperium mit dem Kauf des Zehnder-Verlags um 25 Titel und eine Auflage von über 700 000 Exemplaren erweitert. Und letzte Woche hat die Tamedia weitreichende Umbaupläne bekannt gegeben, deren Folgen noch schwer abzuschätzen sind. Klar ist indes: Journalistische Qualität und Vielfalt sind in allen Landesteilen in Gefahr.

Auch die SRG muss sich im digitalen Zeitalter teilweise neu erfinden. Gleichzeitig steht sie unter massivem politischen Druck. Eine schlagkräftige Koalition aus rechtsbürgerlichen Politikerinnen und Politikern sowie Verlegern setzt alles daran, den medialen Service public zu zerstören. Mit dem Argument der «Wettbewerbsverzerrung» werden weitreichende Einschränkungen der SRG gefordert. Vor diesem Hintergrund verfolgt die SP in den kommenden medienpolitischen Auseinandersetzungen klare Ziele.

Förderung für alle Gattungen

Die SP fordert mittel- und langfristig eine staatsferne, unabhängige Journalismusförderung für alle Mediengattungen. Die Rolle der SRG ist zentral. Verfassung, Gesetz und Konzession verlangen, dass sie die ganze Bevölkerung umfassend mit gleichwertigen Radio- und TV-Programmen in drei Amtssprachen und einem angemessenen Angebot in Rätoromanisch versorgt. Der bisherige Leistungsauftrag gemäss Verfassung und Gesetz respektive Konzession muss deshalb bestehen bleiben. Die SRG muss aber auch ein junges Publikum erreichen und einen Beitrag leisten zur Stärkung der Medienkompetenz der Bevölkerung.

Nein zu No Billag

Die No-Billag-Initiative verlangt die Abschaffung der Empfangsgebühren und den Verzicht auf Subventionen für Radio- und Fernsehveranstalter. Das käme einem Verzicht auf den Leistungsauftrag und somit den Service public gleich. Über 71% der Gebührengelder stammen aus der deutschsprachigen Schweiz. Ein interner Finanzausgleich ermöglicht allen Sprachregionen ein gleichwertiges Angebot. Ohne Gebührengelder entfällt dieser Ausgleich. Die SRG bietet rund 5900

Vollzeitstellen an, Lokalradio- und Regionalfernsehveranstalter knapp 900. Bei den Schweizer Lieferanten hängen nochmals fast 7000 Arbeitsplätze direkt von der Gebührenfinanzierung ab. Die Initiative gefährdet damit auch zahlreiche Arbeitsplätze.

Für Transparenz, Rechenschaft und Dialog

Was ist Service public, was nicht? Um diese Frage drehen sich aktuell viele Diskussionen. Das Problem dabei: Sie verlaufen meist entlang von persönlichen Vorlieben und Ab-

neigungen, politischen Meinungen oder wirtschaftlichen Interessen. Die SP will die wichtige öffentliche Auseinandersetzung darüber, was Service public bedeuten und beinhalten soll, auf ein stabileres Fundament stellen.

Neues Mediengesetz

Shared Content: Zur Stärkung des Service public und für die Verbreitung demokratiepolitisch relevanter Inhalte erwarten wir von der SRG, dass sie ihre Inhalte, sofern keine urheberrechtlichen Gründe dagegen sprechen, der Öffentlichkeit sowie privaten Anbietern zur Verfügung stellt. Seit Anfang 2017 läuft zwischen der SDA und der SRG ein Shared-Content-Modell als Pilotprojekt. Im Gegensatz zu einem Open-Content-Modell, bei dem alles gratis zur Verfügung gestellt werden muss, müssen beim Shared Content die speziell fürs Internet angefertigten Beiträge bezahlt werden. Die SP zieht das Shared-Content- dem Open-Content-Modell vor.

Gattungsübergreifendes Mediengesetz: Wegbrechende Werbeinnahmen und rückläufige Auflagen führen zu einer Konzentration auf wenige grosse Medienhäuser, die den Qualitätsjournalismus nicht mehr als Kernaufgabe sehen. Stellenkürzungen in den Redaktionen sind aktuelle Beispiele für diese beunruhigende Entwicklung. Auf der anderen Seite drohen Kaufabsichten oder Zeitungsgründungen von Milliardären mit einseitiger politischer Agenda. Das Bakom erarbeitet derzeit die Grundsätze des Gesetzes über elektronische Medien. Die SP hat in der Sommersession eine Motion für ein gattungsübergreifendes Mediengesetz eingereicht, der Bundesrat hat sich jedoch bereits dahingehend positioniert, dass eine Ausdehnung des Geltungsbereichs auf die gedruckte Presse wegen der fehlenden Verfassungsgrundlage nicht in Frage komme.

Faire Arbeitsbedingungen: Die Anforderungen an die Arbeitsbedingungen und Löhne sollen flächendeckend und für den gesamten Medienbereich gelten, nicht nur für Journalistinnen und Journalisten. Wir fordern einen für die gesamte Medienbranche allgemeinverbindlichen GAV.



Die Marken der Tamedia AG. Der Medienkonzern machte 2016 über 120 Millionen Gewinn. Bei den Zeitungen wird jedoch seit Jahren nur noch abgebaut.

Edith Graf-Litscher, Nationalrätin TG

ENERGIESTRATEGIE

Jetzt aber richtig

commons.wikimedia.org

DIE SCHWEIZER STROMKONZERNE HABEN EINE SCHWIERIGE ZEIT HINTER SICH UND EINE ANSPRUCHSVOLLE ZEIT VOR SICH. DAMIT IST NOCH NICHT GESAGT, OB SIE IN DER VERGANGENHEIT ALLES FALSCH GEMACHT HABEN UND OB SIE ZUKÜNFTIG ALLES RICHTIG MACHEN.

Was die Stromkonzerne falsch gemacht haben? Sie haben sicher die Energiewende verschlafen. Heute sitzen Alpiq und Axpo immer noch auf ihren Atomkraftwerken, die nichts mehr wert sind. Im wettbewerblichen Strommarkt Europas ist ihr Wert Jahr für Jahr gesunken. Die Entsorgungslast und die «Ewigkeitskosten» sind zu riskant, als dass ein Investor jemals wieder etwas für ein AKW bezahlen würde. Am liebsten würden die Konzerne die AKW für einen Franken verkaufen oder verschenken. Kommt dazu, dass parallel zu diesem Werteverfall weitere rasante Umbrüche im Strommarkt stattfinden. Erneuerbare Energien werden breiter akzeptiert und sind heute wirtschaftlicher als Atomenergie. Zur dezentralen Erzeugung kommt der billige dezentrale Speicher. Innert Kürze wird die Kombination von dezentralem Speicher und dezentralem Kraftwerk ökonomisch überall im Vorteil sein. Und vielleicht wird der Stromhandel durch die rasante Digitalisierung (Stichwort «Blockchain») auch noch auf den Kopf gestellt. Zeit also, den richtigen Weg einzuschlagen.

Neue Marktmodelle als Rettungsanker?

Intensiv wurde in den letzten Monaten über sogenannte neue Marktmodelle diskutiert. Was ist damit gemeint? Diesen Diskussionen liegt die Erkenntnis zugrunde, dass der heutige Strommarkt,

der nur über ein Preissignal für die Energie gesteuert wird, eigentlich nicht geeignet ist, um Investitionen in neue Kraftwerkskapazitäten zu ermöglichen. Das ist nichts Neues, nur wurden in den letzten 15 bis 20 Jahren die neuen Kraftwerke mit Kostenumlageverfahren (Einspeisevergütung) finanzierbar gemacht. Politisch war das sehr erfolgreich – es ist aber heute nicht mehr gewünscht, denn der Ausbau war fast zu erfolgreich. Spöttisch nennt man die Einspeisevergütung darum jetzt «Subvention». Sie muss weg und ein neues Marktmodell soll den Ausbau und die sichere Versorgung gewährleisten. Die Konzerne nutzen diese Diskussion geschickt, um auch mehr Geld für die alten Kraftwerke zu bekommen, mehr jedenfalls, als sie heute im Energy-only-Markt dafür bekommen. Die neuen Marktmodelle könnten ihr Rettungsanker sein für die Fehler der Vergangenheit. Dreiste Modelle sehen vor, dass auch AKW über Kapazitätsmärkte und dank sogenannter Klimaneutralität wieder mehr Geld bekommen. Mit Energiewende oder dem Aufbau einer sicheren Versorgung hat das wenig zu tun.

Kein Zusatzlös für alte AKW

In den Marktmodellen kann man vieles diskutieren, aber eines ist nicht verhandelbar: Zusatzlös für alte und risikoreiche Atomkraftwerke. Da müssen Alpiq und Axpo einen anderen Weg gehen und der ist völlig



Eric Nussbaumer,
Nationalrat BL

klar: Abschalttermin festlegen, alle Zahlen und die ganze Unwirtschaftlichkeit auf den Tisch legen und die finanzielle Ausstiegsvereinbarung mit den Eignerantonen abschliessen. Ob der Bund sich raushalten kann, lasse ich mal offen. Erst ohne AKW-Stützung erkennt man, dass ein Marktmodell zwei Dinge sicher erfüllen muss: erstens den Ausbaukorridor für die neuen Kraftwerke ermöglichen und zweitens eine höhere Versorgungssicherheit gewährleisten, die mit dem alleinigen kurzfristigen Preissignal der Strombörsen nicht immer gegeben scheint.

Ausbaupfad für Erneuerbare sichern

Wenn die Schweiz alle AKW abstellen muss, dann ist die nötige neue Kraftwerksleistung in den nächsten 15 bis 20 Jahren dezentral zu bauen. Darum muss ein Marktmodell deutlich machen, wie Energieversorger und Private in den nächsten Jahren diese Kraftwerke sicher bauen können. Ich plädiere für einen klar definierten Ausbaupfad für neue dezentrale Kraftwerke. Werden sie gebaut, ist das Modell erfolgreich, werden sie nicht gebaut, dann ist das neue Marktmodell nichts wert. Alpiq, Axpo, BKW und Repower, aber auch die Kantone und Städte tun gut daran, ein Modell vorzulegen, das privaten und öffentlichen Investoren die Finanzierung von neuen Kraftwerken mit erneuerbarer Energie sicher ermöglicht. Bloss ein bisschen mehr Geld für bestehende Kraftwerke generieren ist kein zukunftsfähiges Marktmodell. Machen wir es wenigstens jetzt richtig.

Wir feiern und wir kämpfen weiter!

100
♀ Jahre
SP Frauen*
Schweiz

2017 wird die SP Frauen* 100-jährig. Wir haben viele Gründe zum Feiern, aber auch viele zum Weitermachen! Wir sind die älteste Frauenpartei der Schweiz. Wir haben eine ereignisreiche und wichtige Geschichte. Wir haben den Frauenstreik mitgestaltet. Die SP hat als einzige Partei 1959 die Ja-Parole zum Frauenstimmrecht beschlossen. Die erste Bundesratskandidatin kam von uns. Dass die unbezahlte Arbeit in der AHV honoriert wird, ist die Leistung unserer ersten Bundesrätin Ruth Dreifuss. Das Gleichstellungsgesetz ist mit unsere Errungenschaft. Die Mutterschaftsversicherung wurde von uns gefordert und umgesetzt. Wir könnten noch viel mehr Gründe aufzählen. Das tun wir auch, bis hin zu unserem Fest am 3. November. 100 Gründe für 100 Jahre! Die ersten 30 findest du auf unserer Homepage sp-frauen.ch.

Wieso es die SP Frauen* heute noch braucht, werde ich auch in der SP oft gefragt. Nun, die Antwort ist simpel. Weil die Erfahrung zeigt: Überall wo die Frauenstrukturen schwach sind, fallen Anliegen der Frauen unter den Tisch. Leider auch 2017 noch. Oder vielleicht 2017 wieder viel eher. Ein Blick in die Welt reicht. Erdogan, Trump, Orban. Der schwache Mann ist wieder erstarkt. Der

Rechtspopulismus erfährt Zuspruch. Das bedeutet einen Angriff auf Frauenrechte, es bedeutet neoliberale Wirtschafts- und Abbaupolitik und es bedeutet auch: Sexismus ist salonfähig, der Herrenwitz en vogue. Natürlich ist die Schweiz ein Sonderfall und wir haben keinen Trump. Wir haben die SVP mit 30 Prozent Stimmenanteil und einer frauenfeindlichen Politik. Wir haben eine FDP, die seit mehreren Jahren nach rechts schiebt und die Frauen dabei immer mehr links liegen lässt: Im Nationalrat sind nur mehr 20 Prozent der FDP Frauen. Im Ständerat hat es gerade mal eine. In den kantonalen Parlamenten und Exekutiven sieht es kaum besser aus. In den 1990er-Jahren hatte die FDP einst mehr Frauen in den Kantonsregierungen und im Ständerat als die SP.

Aber bei uns ist das doch ganz anders, höre ich oft. Natürlich ist einiges besser. Natürlich unterstützen wir als SP keine anti-feministische Politik. Aber auch unsere Politikerinnen sind Sexismus ausgesetzt. Auch Frauen aus der SP werden in den Medien anders wahrgenommen als SP-Männer. Auch in der SP ist Gleichstellungspolitik noch zu oft Frauensache. Auch in der SP höre ich von Frauen, dass sie an Sitzungen unterbrochen werden, dass

man ihnen nicht zuhört, dass man sie als weniger kompetent einschätzt. Das ist schade und unnötig. Denn etwas sollte mittlerweile allen klar sein: Ohne die Frauen geht es nicht. Wir brauchen sichtbare und starke Frauen in allen Politikbereichen. Wir brauchen mehr Frauen, die der SP beitreten, weil sie wissen, dass die SP die Partei ist, die sich für feministische Anliegen einsetzt. Darum feiern wir und darum kämpfen wir.

Natascha Wey, Co-Präsidentin SP Frauen*

FEST IM PROGR IN BERN

Am 3. November wird gefeiert. Ab 17.30 Uhr ist der Progr in Bern offen für alle! Es erwarten euch ein spannendes Theaterstück, eine Podiumsdiskussion mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga, ein History-Corner mit Infos zur Frauengeschichte in der Schweiz und natürlich: Musik und Party. Die Band «Death Milly» und DJ Jane werden die Stimmung aufheizen und uns musikalisch durch den Abend begleiten. Und der eine oder andere SP-Mann wird euch an der Bar bedienen.

NEUER FILM ZUR GRIPEN-KAMPAGNE



Vorpremieren mit anschliessendem Podiumsgespräch

- 3.9.17 BASEL – 11.00 Uhr – Kultkino**
Anita Fetz (Ständerätin SP), Max Rechsteiner (Präsident der militärischen Dachverbände der Schweiz), Frédéric Gonseth (Regie)
Moderation: Andreas Schwald (ehem. Ko-Redaktor Tageswoche)
- FREIBURG – 10.00 Uhr – Kino Rex**
Géraldine Savary (Ständerätin SP), Dominique de Buman (Nationalrat CVP)
Moderation: Patrick Vallelian, Chefredaktor SEP
- 5.9.17 ST. GALLEN – 20.00 Uhr – Kino Kinok**
Jakob Büchler (Nationalrat CVP), Claudia Friedl (Nationalrätin SP), Oberst Roland Gabriel. Moderation: Heidi Gmür, Leiterin Bundeshausredaktion NZZ
- 13.9.17 ZÜRICH – 20.30 Uhr – Kino Riffraff 1**
Chantal Galladé (Nationalrätin SP), Hans-Peter Wüthrich (Kampagnenleiter Pro-Gripen), Levin Lempert (Sekretär GSOA Zürich), Oberst Roland Gabriel, Frédéric Gonseth (Regie)
Moderation: Christoph Lenz (Bundeshausredaktor Tagi/Bund)
- 15.9.17 WINTERTHUR – 20.15 Uhr – Kino Cameo**
Chantal Galladé (Nationalrätin SP), Markus Gygax (ehemaliger Kommandant Luftwaffe), Frédéric Gonseth (Regie)
Moderation: Jakob Bächthold (Landbote)
- 18.9.17 MURTEN – 18.00 Uhr – Kino Feuerwehrmagazin**
Ursula Schneider Schüttel (Nationalrätin SP), Brigadier Werner Epper (Chef Luftwaffenstab), Frédéric Gonseth (Regie)

Kein Schweizer Geld für die Kriege dieser Welt!

EIN BREITES BÜNDNIS HAT IM APRIL DIE INITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN» LANCIERT. DIE SP UNTERSTÜTZT DIE INITIATIVE UND SETZT SO EIN – GERADE IN DER AKTUELLEN WELTPOLITISCHEN LAGE – WICHTIGES ZEICHEN GEGEN DIE MILITÄRISCHE AUFRÜSTUNG.

Die «Kriegsgeschäfte-Initiative» fordert, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) und die Pensionskassen keine Investitionen in Rüstungskonzerne mehr tätigen. Zudem wird vom Bund verlangt, sich auf nationaler und internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass entsprechende Bedingungen auch für Banken und Versicherungen gelten.

In der Schweiz existiert seit der Ratifizierung der sogenannten Streubomben-Konvention ein gesetzliches Finanzierungsverbot für verbotenes Kriegsmaterial, namentlich für atomare, chemische und biologische Waffen sowie Streumunition und Anti-Personen-Minen. Die SP hat die Bemühungen hin zu einem Verbot immer unterstützt und auch früh erkannt, dass das bestehende Finanzierungsverbot Schlupflöcher enthält. So reichte SP-



Lewin Lempert ist Sekretär der GSöA und Mitglied der Geschäftsleitungen von JUSO und SP Schweiz

Jetzt Bogen in der Heftmitte unterschreiben!

Nationalrätin Evi Allemann im Jahr 2014 eine Motion zur Schliessung dieser Gesetzeslücken ein, welche das Parlament jedoch ablehnte.

Immense Summen aus der Schweiz

Das jetzige Finanzierungsverbot ist völlig ungenügend. So hat die SNB zwischen Sommer 2016 und Sommer 2017 ihre Anlagen in US-amerikanische Atomwaffenproduzenten von 756 Millionen auf mehr als 1,2 Milliarden US-Dollar ausgebaut. Bei der UBS sind es aktuell Investitionen in der Höhe von über 2 Milliarden Dollar in Atomwaffenhersteller, bei der Credit Suisse (CS) 1 Milliarde. Diese neusten Zahlen der US-Börsenaufsicht verdeutlichen, dass immense Summen aus der Schweiz in die internationale Rüstungsindustrie fliessen.

Ein erschreckendes Beispiel der Schweizer Verwicklung in Kriege wie auch in Menschenrechtsverletzungen ist der Jemen-Krieg: Die «Rundschau» deckte im Mai dieses Jahres auf, dass Bomben der Firma Raytheon auch gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden. Die

CS hält Beteiligungen in der Höhe von knapp 80 Millionen Dollar bei Raytheon, die SNB steht bei 117 Millionen und die UBS investiert knapp 200 Millionen. Doch auch kleinere Banken wie die Zürcher Kantonalbank oder Lombard Odier investieren in diesen Rüstungskonzern, ganz zu schweigen von den Investitionen aller schweizerischen Pensionskassen. Schweizer Finanzinstitute sind also daran beteiligt, wenn im Jemen ZivilistInnen getötet werden. Und es ist anzunehmen, dass solche Investitionen weiter ansteigen werden, da der weltweite Trend momentan hin zu mehr militärischer Aufrüstung geht. Wenn unser Finanzplatz also weiterhin ohne oder nur mit sehr schwachen ethischen Richtlinien weltweit in Firmen investiert, dann werden darunter auch etliche Rüstungskonzerne sein, deren Aktien aufgrund von Trump und Co. zudem momentan noch an Wert gewinnen.

Jetzt unterschreiben!

Ein Ausschluss von Rüstungsfirmen aus dem Portfolio einer Pensionskasse oder einer Bank wäre leicht vollzogen. So sagt beispielsweise die Pensionskasse der SBB, dass bei einem Ausschluss von Rüstungskonzernen keine messbaren Auswirkungen auf die Rendite zu erwarten seien, und auch für die Anlagestiftung Ethos wären solche Vorgaben ohne Nachteile für den Schweizer Finanz- und Versicherungsplatz umsetzbar.

Dieser Ausgabe des «links» liegt ein Unterschriftenbogen der Kriegsgeschäfte-Initiative bei (siehe Heftmitte). Aktuell sind schon über 50000 Unterschriften für die Initiative beisammen. Doch nun folgt die zweite Halbzeit der Sammelphase. Um am Schluss die nötigen Unterschriften einreichen zu können, brauchst du dein Engagement: Unterschreibe deshalb noch heute die Initiative, bitte Freunde oder Familienmitglieder, dasselbe zu tun, und wirf die Karte in den nächsten Briefkasten! Vielen Dank!

Die Friedensaktivistin Louise Schneider sprayt zum Start der Unterschriftensammlung «Geld für Waffen tötet» an die Bauwand vor der Schweizerischen Nationalbank.





Danke, lieber Peter!

Anfangs März 2016 sagtest Du mir: «Francesca, Sesselkleber führen zur Entzweiung unserer Partei. Ein Abschied ist besser als eine Scheidung, er dauert nicht so lange und kostet nicht so viel Geld.» Ein Rückblick auf Meilensteine zeigt: Du warst 12 Jahre lang der beste Mann für eine starke SP im Regierungsrat. Du hast das Heft als Vorsteher des Departements des Innern – als Gesundheits-, Sozial- und Polizeidirektor – in die Hand genommen. Du hast den roten Faden darin gefunden und gepackt, ihn sichtbar nicht nur im ganzen Kanton, sondern schweizweit gesponnen und für Vernetzung gesorgt. Trotz der inhaltlichen Breite Deines Departements hast Du Dich in allen Direktorenkonferenzen stark engagiert, ab Juli 2011 insbesondere als Präsident der Sozialdirektorenkonferenz (SODK).

Dank Dir sind von der SODK zu verschiedenen Leistungsfeldern Standards erarbeitet worden, die unsere Gesellschaft solidarischer und gerechter machen. Beispiele sind die Empfehlungen zu den unbegleiteten Minderjährigen oder diejenigen zu den Ergänzungsleistungen für Familien. Besonders hervorzuheben sind die erfolgreiche Revision der SKOS-Richtlinien und die einfluss-



Franziska Roth
Parteipräsidentin
ross017@bluewin.ch

reiche Beteiligung der Kantone bei der Neustrukturierung des Asylbereichs. Dein interkantonaler Einsatz gegen die Armut war grossartig.

Als Gesundheitsdirektor hast Du 2006 gesamtschweizerische Pionierarbeit geleistet, als sich das Solothurner Stimmvolk für ein grundsätzliches Rauchverbot in Gastronomiebetrieben aussprach. Innerkantonale fällt die Gründung der Solothurner Spitäler AG per 1. Januar 2006 in Deine Amtszeit. Gleichzeitig ist es Dir gelungen, das Stimmvolk 2012 von einem Neubau des Bürgerhospitals Solothurn zu überzeugen.

Von 2012–2014 warst Du Präsident des Polizeikonkordates NWCH. Du hast unter anderem Rechtsgrundlagen für das Kantonale Bedrohungsmanagement geschaffen und Solothurn auch dort zu einer Pionierrolle verholfen. Innovationsbereitschaft hast Du mit der Schaffung der Polizeilichen Sicherheitsassistenten und der Jugendpolizei 2007 gezeigt.

Stets hast Du Dich in die Höhlen der Löwen gewagt und mit Besonnenheit und Führungskompetenz emotionale Themen wie Asylzentren oder Strafanstalten BürgerInnen so nahe gebracht, dass Du Abstimmungsvorlagen gewonnen hast. Selbstbewusst

hast Du Deinen roten Faden für Solidarität und Gerechtigkeit Kritikern so eng um ihre gelben, schwarzen und braunen Hosenbeine gebunden, dass sie gebremst wurden. Unter Deiner Führung ist eine Diskussionskultur bei Abstimmungen institutionalisiert worden, geprägt von Respekt gegenüber anderen Personen und Werten, von Toleranz und Akzeptanz demokratischer Entscheide. Goethe sagte: «Behandle die Menschen so, als wären sie, was sie sein sollten, und du hilfst ihnen zu werden, was sie sein können.» Dir ist es in Deinen 12 Amtsjahren gelungen, unseren Kanton so zu führen, dass er auf dem Weg dazu ist, das zu werden, was er sein könnte.

Lieber Peter, ich war nicht begeistert, als Du mir deinen Rückzug mitgeteilt hast. Du hast mir damals gesagt: «Man soll dann zurücktreten, wenn man das Gefühl hat, es gebe Leute, welche die Nachfolge antreten können.» Heute hat die Partei eine starke Susanne Schaffner als Nachfolgerin eines grossen Staatsmannes.

Du hast auch Deinen Rücktritt in erster Linie für die Partei geplant und nicht für Dich persönlich. Lieber Peter, wir verabschieden Dich zwar, aber wir bleiben verbunden. Du bist durch und durch Sozialdemokrat und ein Freund. Danke!



«Die Stadt Bern soll nicht Zuschauerin, sondern eine gewichtige Akteurin auf dem Boden- und Wohnungsmarkt werden.»

SEIT ANFANG JAHR IST MICHAEL AEBERSOLD MITGLIED DES BERNER GEMEINDERATS UND STEHT DER DIREKTION FÜR FINANZEN, PERSONAL UND INFORMATIK VOR. MIT «IMMOBILIEN STADT BERN» UMFASST DIE DIREKTION AUCH DIE STÄDTISCHEN IMMOBILIEN IM FINANZVERMÖGEN UND MICHAEL AEBERSOLD PRÄSIDIERT DEN STÄDTISCHEN FONDS FÜR BODEN- UND WOHNBAUPOLITIK. REGIOLINKS HAT IHN ZU DEN ZIELEN DER STÄDTISCHEN WOHNBAUPOLITIK UND DEREN UMSETZUNG BEFRAGT.

In der Stadt Bern herrscht Wohnungsnot und die Mieten steigen stetig an. Hat die RGM-Mehrheit in der Wohnbaupolitik die falschen Prioritäten gesetzt?

Urbane Räume sind heute überall in der Schweiz mit einer Wohnungsnachfrage konfrontiert, die das vorhandene Angebot übersteigt. RGM tut viel, um mehr und vor allem günstigen Wohnraum zu schaffen. Wir sind gewissermassen auch Opfer unserer Politik der verkehrsberuhigten Stadt; es ist wieder

«Die Genossenschaften sind unsere wichtigsten Partnerinnen beim Bau und Erhalt von bezahlbaren Wohnungen.»

attraktiv, mitten in der Stadt zu wohnen und zu leben. Fakt ist, dass gerade für Familien mit Kindern günstige Stadtwohnungen fehlen. Zudem sind die Ansprüche an eine Wohnung gegenüber früher stark gestiegen, etwa bezüglich der Anzahl Nasszellen, der Lage oder bei der Belegung. Das sind Herausforderungen, die ich als SP-Finanzdirektor aber gerne annehme.

Gemäss den Legislaturrichtlinien will der Gemeinderat eine «aktive Boden- und Wohnbaupolitik» betreiben. Was ist darunter zu verstehen?

Die Stadt Bern soll nicht Zuschauerin, sondern eine gewichtige Akteurin auf dem Boden- und Wohnungsmarkt werden. Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen setzen, selber bauen und mit unseren Projekten Vorbild – auch für Private – sein. Dabei spielt es keine Rolle, ob dies im Grossen geschieht wie bei der Reichenbachstrasse 118, dem Viererfeld/Mittelfeld und dem Gaswerkareal oder im Kleinen bei anstehenden Sanierungen von einzelnen Wohngebäuden.



Weshalb braucht es eine aktive Rolle der Stadt als Bauherrin und sogar als Investorin auf dem Immobilienmarkt?

Der Wohnungsmarkt wird heute von Privaten dominiert. Diese investieren profitorientiert und bauen vor allem Wohnungen im mittleren und oberen Preissegment. Die günstigen Wohnungen verschwinden zunehmend. Genossenschaftlicher Wohnungsbau ist eine Antwort, kann aber nicht alle Probleme lösen. Indem die Stadt selber als Investorin auftritt, kann sie günstigen Wohnraum schaffen, für eine vielfältige soziale Durchmischung sorgen und der Spekulation Grund und Boden entziehen. Diese Aufgaben hätten auch Bund und Kanton; doch diese leisten mit aktuellen Verkäufen der Spekulation Vorschub und setzen auf Gewinnmaximierung.

Welche Aufgabenteilung zwischen den Genossenschaften und der Stadt schwebt dir vor?

Die Genossenschaften sind unsere wichtigsten Partnerinnen beim Bau und Erhalt von bezahlbaren Wohnungen. Sie haben zudem grosse Erfahrung mit partizipativen Prozessen. Die Aufgabe der Stadt ist es, geeignete Liegenschaften und Grundstücke mit vergünstigten Baurechtszinsen abzugeben, während die Genossenschaften im Rahmen des Baurechts ihre Projekte umsetzen. Die Stadt wäre von den Kapazitäten her nicht in der Lage, beispielsweise auf dem Viererfeld/Mittelfeld oder dem Gaswerkareal alles selber zu realisieren.

Kann die Stadt als «kleiner Fisch» auf dem Immobilienmarkt spürbar etwas bewirken? Besteht nicht auch die Gefahr, dass die Stadt am Ende die Spekulation anheizt?

Die Stadt kann und muss etwas bewirken: Wir bestimmen die Politik und gehen mit gutem Beispiel voran. Mit Leuchtturmprojekten wie dem Stöckacker Süd beweisen wir: Ökologisch, durchmischt und günstig wohnen ist machbar. Wir können Akzente setzen und Pri-

vate, zum Beispiel die Bernburger, inspirieren. Jede zusätzliche städtische Mietwohnung zu moderaten Preisen beeinflusst den Mietmarkt positiv. Auf keinen Fall würde ich aber zu überbezahlten Preisen kaufen. Ganz wichtig ist mir deshalb eine konstruktive Zusammenarbeit mit den wichtigen Akteurinnen und Akteuren, insbesondere mit Bund und Kanton. Hier besteht dringender Handlungsbedarf und ich werde das Gespräch suchen.

Von ganz linker Seite wird kritisiert, dass auch die sogenannten «preisgünstigen» Wohnungen für viele Familien mit tiefen Einkommen nicht bezahlbar sind. Wie willst du der Verdrängung von Familien in günstigere Agglomerationsgemeinden entgegenwirken?

Positiv ist, dass die Stadt für Familien wieder attraktiv ist. Familienwohnungen haben bei uns denn auch eine hohe Priorität. Neben den grossen Überbauungen versuchen wir deshalb auch bei allen Sanierungen, die Grundrisse so zu optimieren oder anzupassen, dass günstige Stadtwohnungen für Familien mit Kindern entstehen. Dies ist jedoch nicht immer möglich; Denkmalpflege, Statik und diverse zwingende Baunormen (so zum Schallschutz oder Mindestgrössen für Schlafzimmer) setzen uns Grenzen.

Bei der städtischen Infrastruktur besteht erheblicher Sanierungs- und damit Investitionsbedarf. Wie ist eigentlich der Zustand der städtischen Immobilien?

Insgesamt ist unsere Infrastruktur in einem recht guten Zustand. Die Stadt hat Immobilien im Verwaltungsvermögen (Schulen, Sportanlagen, Verwaltungsgebäude, Schwimmbäder) und Immobilien im Finanzvermögen (u.a. Wohnungen, Ladenlokale und Baurechte). Vor allem bei den Immobilien im Verwaltungsvermögen, insbesondere den Anlagen im Bereich Sport und Freizeit, besteht Nachholbedarf. Wir werden künftig pro Jahr knapp 120 Millionen Franken in

«Jede zusätzliche städtische Mietwohnung zu moderaten Preisen beeinflusst den Mietmarkt positiv.»

Immobilien investieren. Dies ist einer der Hauptgründe, warum Steuersenkungen für mich kein Thema sind.

Mit der Übernahme der Finanzdirektion hat die SP nach Jahrzehnten wieder die «Hoheit» über die städtische Wohnbaupolitik. Was heisst das und welche Ziele hast du dir gesteckt?

Neben der erwähnten proaktiven Wohnbau- und Bodenpolitik setze ich mich dafür ein, das Ziel von 1000 subventionierten städtischen Wohnungen mit Vermietungskriterien so rasch wie möglich zu erreichen. Dies ist eine wichtige Massnahme zur Schaffung von günstigem Wohnraum. Es ist ein ambitioniertes Ziel und es wird zu Konflikten kommen; vor allem wenn Leute nach einer Sanierung nicht zurück in die alte Wohnung gehen können, weil sie die Vermietungskriterien für subventionierte Wohnungen nicht erfüllen.

RGM hat im Wahlkampf einen Schwerpunkt beim Wohnen gesetzt. Der Gemeinderat hat im Legislaturziel 4 «Die Stadt Bern ermöglicht vielfältiges Wohnen für alle» diverse Massnahmen definiert (u. a. Wettbewerb und Masterplan Viererfeld/Mittelfeld, Abstimmung Gaswerkareal, 500 gemeinnützige Wohnungen im Bau etc.). Als Präsident der Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik werde ich mich tatkräftig für die Umsetzung dieser sowie vieler weiterer Massnahmen und Projekte einsetzen. Bilanz ziehen können wir am Ende der Legislatur.

Interview: Michael Sutter



Stöckacker Süd



Veitaplaus, Peter Burri

NEIN

zum Rasenmäher

Initiative Nein | Gegenvorschlag Nein



Kein Abbau mit dem Rasenmäher!

PROPORTIONALE ZWANGSKÜRZUNGEN MIT DEM RASENMÄHER, IM GLEICHSCHRITT UND GLEICHSCNITT ÜBER ALLE DIREKTIONEN HINWEG: DAS VOM LANDRAT BESCHLOSSENE FINANZHAUSHALTGESETZ (FHG) IST SCHWEIZWEIT EINZIGARTIG RESTRIKTIV. DEM SERVICE PUBLIC UND EINER VERLÄSSLICHEN VERWALTUNG IM KANTON BASELSTADT DROHEN GROSSE GEFAHREN. ALS EINZIGE PARTEI BEKÄMPFT DIE SP DIESES GESETZ, ZUSAMMEN MIT GEWERKSCHAFTEN UND VERBÄNDEN IM BÜNDNIS FÜR EIN LEBENSWERTES BASELBIET.

Diese inakzeptable FHG-Revision als ein Gegenvorschlag zu der noch unmöglicheren Initiative der SVP für angeblich «gesunde Staatsfinanzen» entstanden, über die ebenfalls abgestimmt wird. Mit dieser Initiative käme der Rasenmäher bereits ab dem ersten «Defizit-Jahr» voll zum Zug. Doch in voreilemdem Gehorsam sind viele Punkte der Initiative in den Gegenvorschlag aufgenommen worden. Sämtliche Anträge der SP für eine ausgewogene Finanzpolitik wurden vom Landrat abgelehnt. Die DV der SP Baselstadt hat deshalb ein klares doppeltes Nein beschlossen.

Die grössten Fehler des Gesetzes

1. **Rasenmäher-Abbau:** Sind die Finanzen nicht ausgleichend, wird proportional über alle Direktionen hinweg gekürzt («Proportionale Kürzungen»). Das blindes Kürzen wird gesetzlich verankert und kann als Begründung für jedes Abbauprogramm bei Bildung, ÖV und Personal verwendet werden.



Adil Koller
Präsident SP Baselstätt



Urs Kaufmann
Mitglied Finanzkommission

2. **Kreditsperren:** Der Regierungsrat kann neu während des laufenden Jahres Kredite sperren. Diese hat zuvor der Landrat beschlossen. Die Glaubwürdigkeit des Kantons leidet massiv, die Planungssicherheit für viele Institutionen mit Leistungsaufträgen ist nicht mehr gegeben.
3. **Mehr Finanzkompetenzen für den Regierungsrat:** Neu sollen die Ausgaben- und Kürzungskompetenzen des Regierungsrats auf 1000000 Franken verzehnfacht (!) werden. Hier kann der Landrat nicht mehr mitreden. Das ist ein Freipass für die Regierung, und ein Abbau an Demokratie und parlamentarischen Kompetenzen und eine Gefahr für Bereiche, die dem Regierungsrat aktuell nicht wichtig sind (z. B. Beiträge an Frauenhilfe und Prävention allgemein).
4. Das neue FHG verpflichtet **einseitig zu Abbaumassnahmen auf der Ausgabenseite.** Einnahmenseitige Massnahmen – im heu-

tigen Baselbieter FHG ebenso vorgesehen wie in vielen anderen Kantonen – sind nicht mehr im Gesetz verankert.

Grundsätzlich können alle Bereiche des Service public Opfer des neuen FHG werden. Besonders im Fokus standen in den letzten Jahren das Staatspersonal und Bereiche wie die Bildung, der öffentliche Verkehr und das U-Abo sowie Prämienverbilligungen. Hier soll der Kürzungskurs mit dem Rasenmäher-Gesetz verankert und legitimiert werden. Alle, welche auf einen funktionierenden Service public angewiesen sind, werden davon betroffen sein.

Dieses Gesetz würde die zukünftigen Kredite, Leistungsaufträge und Vorlagen massiv beeinflussen, weil die Kürzungen gesetzlich verankert sind. Deshalb sagen wir deutlich Nein dazu!

DENKNETZ-TAGUNG AM 10./11. NOVEMBER 2017 IN BERN

100 Jahre Russische Revolution

In der Nacht des 7. November 1917 setzen die Soldaten der Petrograder Garnisonen unter Führung der Bolschewiki die provisorische Regierung Russlands ab. Am folgenden Tag stellt sich eine Mehrheit des gesamtrussischen Sowjetkongresses hinter dieses Vorgehen, wählt eine revolutionäre Regierung und erlässt drei Dekrete: Alle kriegsführenden Länder werden zur sofortigen Aufnahme von Friedensverhandlungen aufgefordert, der Boden wird zum Allgemeingut aller, die darauf arbeiten, Völker und Ethnien erhalten das Selbstbestimmungsrecht. Damit hoffen die russischen Revolutionärinnen und Revolutionäre, die Tür in eine bessere Zukunft zu öffnen und den irrationalen Kapitalismus zu überwinden.

Am Ende des Ersten Weltkrieges brechen in vielen weiteren Ländern soziale Unruhen aus, und aus manchen werden revolutionäre

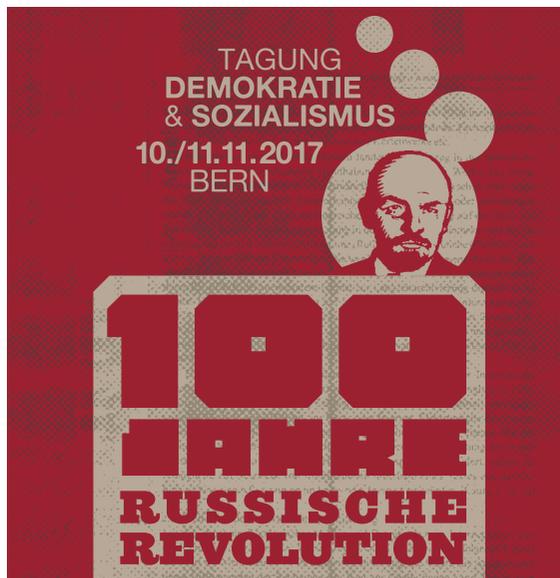
Erhebungen (Deutschland, Ungarn, Österreich). Doch nirgends vermögen es die Revoltierenden wie in Russland die Schaltstellen der Macht dauerhaft zu erkämpfen. Entgegen den Hoffnungen ihrer Protagonistinnen und Protagonisten bleibt die Russische Revolution international isoliert. Sie muss einen brutalen Bürgerkrieg überstehen, bei dem 14 imperiale Mächte intervenieren. Russland liegt danach ökonomisch am Boden. Innert weniger Jahre erschöpft sich die revolutionäre Kraft. Sie wird durch eine finstere, im eigenen Schoss geborene Konterrevolution erstickt. Die Tür zu einer anderen, einer herrschaftsfreien Zukunft wird wieder zugeschlagen und von innen verrammelt.

Doch das Licht, welches durch die Türe sichtbar geworden ist, ist stark genug, um eine Generation engagierter Linker auf der ganzen Welt in seinen Bann zu schlagen –

und viele zu blenden. Heute, 100 Jahre später, ist es einfach geworden, sich vom Licht nicht mehr täuschen zu lassen. Wir stehen nicht mehr in der damaligen Hitze der Auseinandersetzungen, nicht mehr vor der Schwierigkeit, zwischen Lüge und Wahrheit zu unterscheiden.

Und doch werden durch die Russische Revolution Fragen aufgeworfen, die auch heute noch aktuell sind. Seit 2007/2008 wird wieder vermehrt diskutiert, ob der Kapitalismus überwunden werden müsse und ob dabei ein Bruch mit den bürgerlichen Herrschaftsverhältnissen unausweichlich sei. In welchem Verhältnis stehen demnach Demokratie, Transformation, Revolution, Klassenkampf? Hätte es damals Alternativen zur Stalinisierung gegeben, und, wenn ja, welche?

Beat Ringger, geschäftsleitender Sekretär Denknetz



LUEG ZERSCH BIM DÄNKNETZ

Wir haben die Denknetz-Site in ein neues Gewand gekleidet. Herausragend: Die Denknetz-Bibliothek mit über 500 Fachartikeln, Audio- und Videobeiträgen und die 25 «Diskurs»-Ausgaben, in denen zu einem Thema Links und Hinweise versammelt sind: insgesamt zu rund 2000 Texten, Büchern und Fachbeiträgen www.denknetz.ch.

Neu auf der Webseite:

Stephan Bernard, Viktor Györfy, Philippe Koch, Magda Zihlmann: Die Dialektik von Grundrechten und Demokratie (Juli 2017). Ein Grundlagenpapier zur Aktualität der Grundrechte und zu einer emanzipatorischen Grundrechtsperspektive.

Beat Ringger: Emanzipation und Identität (Juli 2017). In welchem Verhältnis stehen verschiedene Dimensionen von Unterdrückung und Ausbeutung? Wie kann eine politische Programmatik gestärkt werden, die wieder auf das gesellschaftliche Ganze zielt, und wie verhalten sich dabei feministische, LGBTQ-, antirassistische, soziale und ökologische Anliegen zueinander?

TAGUNG DEMOKRATIE UND SOZIALISMUS: 100 JAHRE RUSSISCHE REVOLUTION

Freitag, 10.11.2017, 18.30–21.30 Uhr und Samstag, 11.11.2017, 10.15–16.45 Uhr
Hotel Bern, Bern, Zeughausgasse 9

Mit Bini Adamczak, Helmut Dahmer, Bernard Degen, Tamara Funicello, Balthasar Glättli, Renate Hürtgen, Christoph Jünke, Boris Kagarlizky, Jo Lang, Gisela Notz, Urs Marti und Adrian Zimmermann.

Tagungsbeitrag (inkl. Mineralwasser und Lunch am Samstagmittag): 120.–/80.– für Denknetz-Mitglieder/40.– für Gering- oder Nichtverdienende

Anmeldungen unter Angabe von Name und Postadresse an tagung@denknetz.ch. Die Platzzahl ist beschränkt.



Nachdenken auf dem Berg

WAS MACHEN EIGENTLICH DIE GENOSSINNEN UND GENOSSEN IM SOMMERLOCH? – DIE EINEN FAHREN IN DIE FERIE. DIE ANDEREN AUF EINEN BERG IM WALLIS. EIN TAG IN DER SOMMERUNI DER SP SCHWEIZ.

Seit einer gefühlten Ewigkeit fährt das Postauto vom Bahnhof Sierre entlang einer kurvigen Strasse ins Val d'Anniviers. Die Kinder der holländischen Familie auf den Nebensitzen quengeln und es dünkt einen, viel weiter könne man nicht mehr ins Tal hineinfahren. Nach einer geschlagenen Stunde hält das Postauto an der Endstation: Chandolin poste. Jetzt noch ein zehnmütiger Fussmarsch und da steht es, das Grand Hôtel Chandolin, ein Hotel aus der Blütezeit der Schweizer Hotellerie, das heute ein Gruppenhaus ist.

Andrea Bauer

Zum vierten Mal findet hier die Sommeruni der SP Schweiz statt. «Die Idee der Sommeruni ist, dass man für ein paar Tage an einen abgelegenen Ort geht, um sich mit den

wichtigen Themen der Welt auseinanderzusetzen», sagt Leyla Gül, Co-Generalsekretärin der SP, die die Sommeruni mitentwickelt hat. Der Ort hier sei ideal: «Du gehst auf einen Berg und denkst nach.» Vorbild der Sommeruni war die «Université d'été», an der sich jeden Sommer das «Who is who» des französischen Parti socialiste trifft. Mit der Université hat die Uni jedoch mittlerweile ausser dem Namen nichts mehr gemein. «Wir haben unsere eigene Version der Sommeruni geschaffen», sagt Leyla.

Keine/r zu alt

Im Haus ist es ruhig. Um 9 Uhr haben in den Räumen des alten Hotels die ersten Workshops begonnen. Die Teilnehmenden haben die Wahl: «Menschenrechte, SVP-Initiative und «fremde Richter» mit der Völkerrechtsprofessorin Eveline Schmid, «Internationale Klimapoli-

tik» mit Nationalrätin Claudia Friedl und dem politischen Sekretär Peter Hug oder «Altersvorsorge 2020» mit den Nationalrätinnen Marina Carobio und Silvia Schenker. Die Workshops werden geleitet von Fraktionsmitgliedern, Mitarbeitenden der SP, Uni-Dozierenden und Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden oder NGOs. Alle arbeiten ehrenamtlich an der Sommeruni mit. «Wir haben noch nie eine Absage erhalten, weil jemand keine Lust hatte – ich staune manchmal selber», sagt Simon Roth, der Bildungsverantwortliche der SP Schweiz. Die meisten Dozentinnen und Dozenten seien Mitglieder oder zumindest SP-nah, andere hätten einfach ein Interesse daran, ihre Anliegen in der SP anzubringen.

Um 12 Uhr ist aus dem Speisesaal ein langer Applaus zu hören. Der Workshop «Menschenrechte, SVP-Initiative und «fremde Richter» ist zu Ende. Die Schwingtüre öffnet sich



und die Teilnehmenden strömen heraus. Unter ihnen ist Margrit Stucki aus Bern, langjährige Stadträtin und Grossrätin. Margrit und ihr Mann Hans, beide um die siebzig Jahre alt, sind zum zweiten Mal in Chandolin. Sie komme hier viel zum Diskutieren, sagt Margrit: «Als wir uns vor zwei Jahren zum ersten Mal anmeldeten, dachte ich zuerst: Wir sind eigentlich zu alt dafür. Die wollen die Jungen ansprechen.» In Chandolin angekommen, habe sie aber rasch gemerkt, dass sie damit falsch lag.

«Die Zusammensetzung der Teilnehmerschaft ist sehr breit», sagt auch Simon Roth. «Von 18 bis 80 Jahre sind alle Altersgruppen vertreten. Es kommen ausserdem viele, die aktuell in einem Parlament oder einer Regierung sind oder früher ein solches Mandat hatten. Aber auch Basismitglieder ohne spezielle Funktionen sind dabei.»

«Wie wollen wir im Alter leben?»

Draussen serviert das Küchenteam unterdessen Gazpacho und zweierlei Käsekuchen zur körperlichen

Stärkung für die zweite Runde Workshops am Nachmittag. Für die Stärkung der Seele sorgt der Blick Richtung Süden zu den schneebedeckten Viertausendern. Allein das Panorama von der Terrasse des Grand Hôtel aus ist die lange Postautofahrt nach Chandolin wert. Und es macht den Kopf frei.

Nach einer zweistündigen Pause geht es weiter. Auf dem Programm steht neben «Digitalisierung», «Wirtschaftspolitik» und «Kampagne – wie geht das?» ein Modul zum Thema «Wie wollen wir im Alter leben?» mit der Gesundheitsökonomin Anna Sax und Nationalrätin Barbara Gysi.

Die meisten der Teilnehmenden, die im Kaminzimmer Platz genommen haben, sind älter, zwei Drittel sind Frauen. In einer Vorstellungsrunde erzählen sie von ihrem persönlichen Zugang zum Thema «Leben im Alter». «Die hier versammelten Erfahrungen und das Knowhow sind riesig», stellt Anna Sax fest, bevor sie ihr Referat zur Frage «Wer bezahlt die Langzeitpflege?» beginnt. Eines der Hauptprobleme ist laut Anna, dass zwar die Finanzierung der Pflege geregelt ist, nicht aber diejenige der Betreuung und der Hotellerie, die ebenfalls hohe Kosten verursachen. Die Zahlen, mit denen sie die aktuelle Situation veranschaulicht, sind eindrücklich: 17 000 Franken kostet etwa der Aufenthalt in einem Pflegezentrum in der Stadt Zürich. Als Anna das Modell der Pflegeversicherung des neoliberalen Thinktanks Avenir Suisse vorstellt – es basiert auf einer Kopfprämie von monatlich 285 Franken und sieht vor, dass angespartes, nicht aufgebrauchtes Kapital weitervererbt werden kann –, wird es im Kaminzimmer unruhig. «Wie sollen wir das neben den Krankenkassenprämien auch noch bezahlen?», fragt eine Frau.

Doch was sind mögliche Alternativen dazu? In einem zweiten Referat stellt Barbara Gysi das Modell Thurvita vor, das während ihrer Zeit als Gemeinderätin von Wil (SG) entstand. Es befindet sich in öffentlicher Hand und hat zum Ziel, den Betagten in allen Lebenslagen die Betreuung zukommen zu lassen, die sie gerade brauchen.

Nach einer kurzen Pause diskutieren die Teilnehmenden in zwei Gruppen auf der Terrasse weiter darüber, wie das Problem der Pflegefinanzierung gelöst werden könnte.

Workshops en français

Um halb sechs Uhr ist Schluss mit den Workshops. Zeit für den Apéro. Auf der Treppe, die zur Terrasse führt, steht ein Grüppchen Romands. Sie sind soeben aus dem Workshop zur Digitalisierung gekommen, einem der Workshops, die auf Französisch angeboten werden. «Es war wahnsinnig spannend, wir haben während der letzten drei Stunden einen Sprung in die Zukunft gemacht», sagt Léna Strasser. Die 37-jährige Genferin, die im Oktober für den Grossen Rat kandidiert, nimmt zum ersten Mal an der Sommeruni teil. «Ich habe auf der Webseite der SP Schweiz die Bilder vom letzten Jahr gesehen und wusste: Da will ich auch hin, das ist der richtige Ort, um in Ruhe zu diskutieren.» Sie findet es spannend, hier auf so viele unterschiedliche Menschen aus allen Altersgruppen und Landesteilen zu treffen.

Insgesamt nehmen jedes Jahr rund 130 Personen an der Sommeruni teil. Diejenigen, die wie Léna das erste Mal dabei sind, machen etwa die Hälfte aus. Die anderen sind zum zweiten, dritten oder sogar vierten Mal hier. «Beides ist gut», sagt Simon, «die einen kommen wieder, weil ihnen die Sommeruni gefallen hat, die anderen sorgen für eine gewisse Erneuerung.»

Morgen gehts weiter!

Wer gedacht hat, nach dem Abendessen sei Schluss, hat sich getäuscht. Sobald die Tische abgeräumt sind, geht es im Speisesaal weiter mit einem Vortrag von Francesca Falk, Oberassistentin an der Uni Freiburg, zum Thema «Migration als Emanzipationsmotor». Der Saal ist voll. Man glaubt es kaum, die Leute haben noch nicht genug. Das Referat ist aber auch zu interessant. Francesca Falk zeigt anhand dreier historischer Beispiele auf, wie die Migration in der Schweiz Voraussetzung für progressive Entwicklungen – etwa in der familienergänzenden Kinderbetreuung – war.

Um 22 Uhr sind die einen endgültig ermattet von all den Diskussionen und gehen ins Bett. Für die anderen beginnt jetzt die After hour – an der Bar, auf der Terrasse oder in der Disco. Aber Achtung: Morgen gehts weiter! Um 9 Uhr mit den nächsten Workshops oder gar bereits um 7 Uhr mit Qi Gong auf der Terrasse.

Die Sommeruni findet auch nächstes Jahr statt, und zwar vom 9. bis zum 12. August. Bilder und Informationen finden sich unter www.spschweiz.ch/sommeruni



Die Kandidierenden für den Könizer Gemeinderat (v. l.): Cathrine Liechti (JUSO), Markus Willi, Annemarie Berlinger-Staub (Präsidiumskandidatin), Christian Roth, Tanja Bauer

#könizkannmehr

DIE WAHLEN 2013 VERLIEFEN FÜR DIE SP KÖNIZ UNGLÜCKLICH. WIR VERLOREN EINEN GEMEINDERATSSITZ UND DAS GEMEINDEPRÄSIDIUM. VIER JAHRE SPÄTER HABEN WIR DIE EINMALIGE CHANCE, DAS RESULTAT ZU KORRIGIEREN.

Im Könizer Gemeinderat wird es am 24. September eine grosse Rochade geben: Wegen der Amtszeitbeschränkung können vier der fünf Gemeinderätinnen und Gemeinderäte (inklusive Gemeindepräsidium) nicht mehr zur Wiederwahl antreten. Die Hauptversammlung der SP Köniz nominierte im Januar Annemarie Berlinger-Staub als Kandidatin für das Gemeindepräsidium. Annemarie ist in Köniz sehr stark verwurzelt und vertritt die SP seit 12 Jahren im Könizer Parlament. Für uns war von Anfang an klar: Unsere Kampagne muss auf Annemarie zugeschnitten sein. Wenn wir das Präsidium zurückholen, haben wir auch Chancen auf den zweiten Gemeinderatssitz.

Vorbild «Zürich kann mehr»

Annemaries Politik ist seit jeher davon geprägt, dass sie Köniz und seine Menschen in den Mittelpunkt stellt. Hinzu kommt ihr demokratisches Grundverständnis: Für sie prägt die Vielfalt der Ansichten unsere politische Landschaft, was bedeutet, dass es nicht per se richtig oder falsch gibt. Entsprechend war für unsere Kampagne klar: Wir schiessen nicht gegen die anderen Parteien, wir üben uns nicht in Schuldzuweisungen, sondern wir wollen Lösungen aufzeigen, wollen zeigen, wo die SP in der Vergangenheit die Gemeinde prägte und wie sie dies in Zukunft tun will.

Wir schauten uns um und wurden bei der Regierungsratskampagne von Jacqueline Fehr fündig. In einem ausführlichen Gespräch mit ihr wurden die Grundsteine für unsere Kampagne gelegt. In Anlehnung an ihre Kampagne «Zürich kann mehr» lautet der Slogan unserer Wahlkampagne denn auch #könizkannmehr.

Wahl-Blog und Vorkampagne

Mit der Nomination der Kandidierenden im Januar ging unser *Wahl-Blog* www.könizkannmehr.ch online. Der Blog gibt den Menschen die Gelegenheit, unsere Kandidierenden kennenzulernen. Bis dato erschienen im Blog fast hundert Texte, rund ein Viertel stammt von Annemarie, fast ein Drittel von den weiteren Gemeinderatskandidierenden, aber auch die Kandidierenden fürs Gemeindeparlament und Gäste kommen zu Wort.

Ebenfalls im Januar begann die Vorwahlkampagne. «Unterwegs zu inspirierenden Menschen, innovativen Projekten und mutigen Könizerinnen und Könizern», so lautete das Motto der Tour de Köniz. Annemarie lud die Könizer Bevölkerung ein, an sechs Anlässen jenes Köniz kennenzulernen, das sie schätzt und für das sie sich auch in Zukunft einsetzen will. Im Vorfeld wurden fast 12 000 Einladungen in Briefkästen verteilt, und die Anlässe waren dementsprechend sehr gut besucht.

Küchentischtreffen 2.0

Dass wir das Instrument der Basiskampagne nutzen wollten, war für uns bereits nach den Nationalratswahlen klar. Insbesondere die Küchentischtreffen haben wir als bereichernd für unsere Ortspartei empfunden. Wir konzipierten das Modell «Küchentischtreffen 2.0». Ziel der Küchentischtreffen sollte nicht nur sein, Telefonierende für die heisse Phase zu gewinnen, sondern sie sollten auch dazu dienen, den Menschen das persönliche Gespräch mit Annemarie und unseren beiden Spitzenkandidierenden für den zweiten Gemeinderatssitz zu ermöglichen. Dazu wurden die beiden

Käthi von Wartburg,
Co-Präsidentin SP Köniz

Kandis kurzerhand mit der Aufgabe betraut, die normalerweise von Campaignerinnen und Campaignern ausgeführt wird: Sie stellten den Gästen die Basiskampagne vor und warben für die Telefon-Anlässe. Gäste an den Küchentischtreffen waren einerseits SP-Mitglieder (sie wollten wir fürs Telefonieren gewinnen), andererseits Freunde, Nachbarn und Menschen aus dem Quartier. Ihnen wollten wir das persönliche Gespräch mit Annemarie ermöglichen. 16 solcher Treffen fanden bis zu den Sommerferien statt. Daraus resultierten rund 40 Anmeldungen für die Telefonanlässe und Annemarie konnte mit mehr als 80 Nichtmitgliedern persönliche Gespräche führen.

In der heissen Phase der Kampagne sind wir nun auf der Strasse und am Telefon präsent. Bei den Strassenaktionen verteilen wir unseren mit viel Liebe zum Detail gestalteten *Ortsplan*. Die ersten Aktionen haben gezeigt, dass sich der Ortsplan hervorragend eignet, um mit den Menschen über jenes Thema ins Gespräch zu kommen, das im Zentrum unserer Kampagne steht: die Gemeinde Köniz.



Der Ortsplan der SP Köniz (Illustrator: Manuel Castellote)

Hände weg vom Mittelstand?

Cédric Wermuth im «links» 169/2017: «In ihrer Kampagne gegen die Unternehmenssteuerreform III hat die SP auf den Mittelstand fokussiert – und einen historischen Sieg errungen. Trotzdem: Der Mittelstand kann nicht unsere Referenz sein.» Cédric Wermuth hat diese These noch erhärtet: «In der politischen Mitte lauert der Tod der Sozialdemokratie.» (Blick, 24.4.2017)

Zur Mitte gehören, lese ich, «die <es> geschafft haben». Also die Erfolgreichen. Gerne «vergessen gehen die 20 Prozent Arbeiterinnen und Arbeiter in Industrie und Gewerbe ... und 40 Prozent Angestellte, die man üblicherweise dem Mittelstand zuteilt».

Cédric Wermuth schliesst seine Mahnung mit den Worten: «Politische Sprache formt immer auch gesellschaftliche Realitäten mit, wirkt eben performativ. Der Mittelstand formt sicher keine sozialdemokratischen Realitäten.»

Da ich das Wort «performativ» nicht kapiere, konsultiere ich den Duden: «Sprachwiss. eine mit einer Äusserung beschriebene Handlung zugleich vollziehend, z. B. «ich gratuliere dir».» Was immer das heissen mag.

Wermuth beklagt, «für die Linke gibt es keine natürliche Basis mehr in der Gesellschaft». Die Arbeiterklasse bildete jahrzehntlang das Fundament der SP. Nach der 68er-Revolution der Jugend bekam die SP Zulauf aus neuen Gesellschaftsschichten. Vor allem hatten Frauen die Linke entdeckt. Als ich 1975 die Parteiführung übernahm, gehörte der GL mit 15 Mitgliedern eine Frau an. Die Präsidentin der Frauengruppe als Alibifrau. Als ich zurücktrat, waren es sieben Frauen.

In dieser Zeit veränderte sich die SP von der Arbeiterpartei zur linken Volkspartei. Die NZZ-Redaktoren schrieben sich die Finger wund, extreme Linksintellektuelle würden die Partei unterwandern. Die Bürgerlichen erkannten, wir könnten in ihre Wählerreservate eindringen. Sie hätten es noch so gerne gesehen, wenn wir die SP als Arbeiterpartei konserviert hätten. Dann nämlich wären wir politisch verhungert.

Die klassischen Arbeiter im blauen Überkleid hatten zunehmend keinen Schweizer Pass mehr. Der



Szene aus dem Video zur USR-III-Kampagne.

Eine Replik von Helmut Hubacher

Nachkriegswirtschaftsboom benötigte immer mehr ausländische Arbeitskräfte. Sie kamen damals, ab den 1950er-Jahren, vornehmlich aus Italien, später auch aus Spanien und Portugal. Ihr Merkmal: Sie besaßen kein Stimmrecht.

Inzwischen sind wir eine Dienstleistungsgesellschaft geworden. Den klassischen Arbeiter treffen wir vor allem auf dem Bau an. Die Lohnabhängigen arbeiten hauptsächlich im Dienstleistungssektor: Kassiererinnen, Chauffeure, öffentliches Personal, Fachfrauen im Pflegedienst, Sekretärinnen im Büro, Informatiker, Berufsleute mit oder ohne Fachhochschuldiplom, Angestellte im Kommunikationsbereich, sie alle sind die modernen «Arbeiter» und «Arbeiterinnen». Mit dem Unterschied, dass sie in die Mitte gerutscht sind. In die untere bis obere.

Viele darunter sind verunsichert, wissen nicht, was ihnen die digitale Revolution bringen wird, und haben Angst vor der Zukunft. SP und Gewerkschaften müssen sich um sie kümmern.

Das ist für mich die linke Mitte. Schauen wir doch unsere Fraktion im Bundeshaus an. Fast alle gehören zum Mittelstand. Wo haben denn Daniel Jositsch, Hans Stöckli, Anita Fetz & Co. ihre Stimmen her? Alle sind sie Linke der modernen Volkspartei. Meistens moderater als jene vom linken Flügel. Aber nur auf einem Bein laufen zu wollen, wäre schrecklich mühsam. Ebenso nur auf dem rechten.

Die SP stellt im Ständerat die zweitstärkste Fraktion. Es gab Zeiten, da waren es nur drei SP-Männer. Zusammen mit der CVP haben wir die Mehrheit. Sozialpolitisch ist der Ständerat fortschrittlicher als der Nationalrat. Der AHV-Kompromiss etwa ist im Ständerat entstanden.

Als Parteipräsident erlebte ich zwei Parteitage, an denen ein Antrag eingereicht wurde, wir sollten eine Initiative lancieren, um den Ständerat abzuschaffen. Das war der eine Irrtum. Der zweite: anzunehmen, die SP mache bürgerliche Mittelstandspolitik. Die SP als linke Volkspartei macht linke Politik. Punkt.



Jeanne Chevalier

Gedenkfeier für ARTHUR VILLARD 1917–1995 Ein Leben für Frieden und Gerechtigkeit

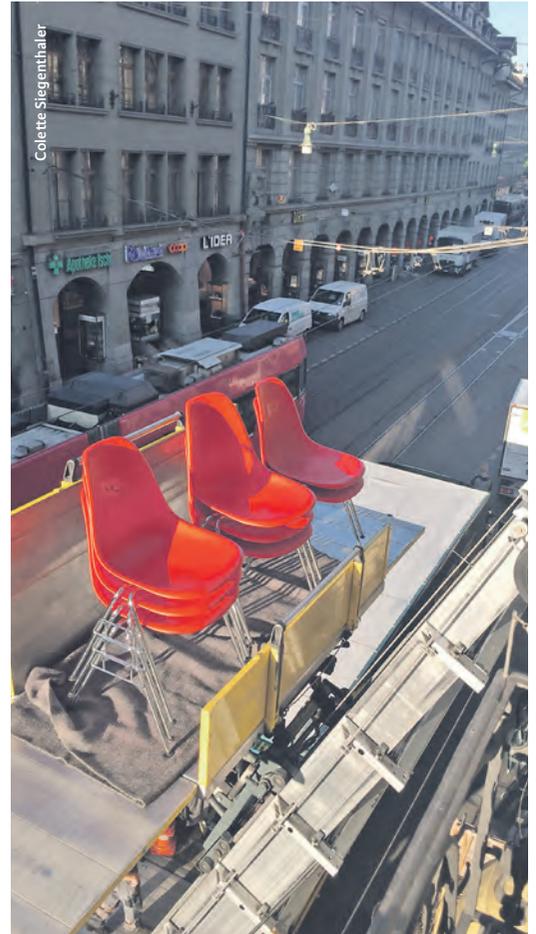


Stadtbibliothek
Biel-Bienne
Dufourstrasse 26
Samstag, 28. Oktober 2017
17 Uhr (Apéro ab 18.15 Uhr)
Eintritt frei, Kollekte

Der Bieler Pädagoge, Politiker und Friedenskämpfer Arthur Villard, 1917 in Lausanne geboren, war die meiste Zeit seines Lebens in Biel tätig: als Lehrer wie auch politisch. Er unterrichtete an der Primarschule, inspiriert vom Reformpädagogen Célestin Freinet, nach dem Modell der «Aktiven Schule», war Mitglied des Stadtrats und des Gemeinderats, hat als SP-Grossrat und als Nationalrat entschieden die Interessen der Bevölkerung der Region Biel-Seeland-Jura vertreten. Daneben war er ein unermüdlicher Friedenskämpfer, so gegen die atomare Aufrüstung der Schweizer Armee und vor allem für einen Zivildienst für Militärverweigerer – was ihm mehrere Gefängnisstrafen eintrug. Mit dieser Gedenkfeier wird an sein vielfältiges, prägendes Wirken erinnert.

WIR SIND UMGEZOGEN!

Neue Adresse:
SP Schweiz
Theaterplatz 4
3011 Bern



Colette Siegenthaler

FREISINNIGE FREIBEUTER UNTER FALSCHER FLAGGE

Die Segel hart am Wind, kreuzt das Nein-Schiff «Generationenallianz» über die stürmischen Kampagnenmeere. Auf der Brücke steht die ruchlose Petra, die Unternehmensspiratin – pardon: Unternehmensberaterin – aus Küssnacht, dem Schwyzer Steuerparadies mit Seeanstoss. Ihr erster Offizier, der grobschlächtige und zu Meuterei neigende Hans-Ulrich, gibt die Kommandos. Auf dem linken Auge blind, feuert er donnernd die Kanonen ab. Am liebsten auf Spatzen. Oder Linke. Nicht selten sind es Rohrkrepiere. Auf dem Sonnendeck lümmelt Andri herum, der verwöhn-

te Schiffsjunge, der die «Generationenallianz» für ein Party-Boot hält. Links blubbert ein kleiner, lärmiger Aussenbordmotor.

Am Abend, wenn sie in der Messe sitzen und sich am auf Tafelsilber servierten Proviant genüsslich tun, lachen sie herzhaft und hauen sich auf die Schenkel – selbst ein bisschen überrascht, dass ihnen das aufgetischte Seemannsgarn mit der «unsozialen Zwei-Klassen-AHV» und das Gerede von «Generationsolidarität» jemand abzukaufen scheint. «Sunny weekends are here to party all day long», prustet Andri, der sonst schicke Yachten bevorzugt. Dort reichen «70 Fränkli» gerade einmal für zwei Cüpli.

STEFAN KRATTIGER

ROT STICH



Wer glaubt, dass es dieser Crew um unsere Renten geht, ist selbst schuld. Das Ziel, auf das ihr Kompass ausgerichtet ist, ist ein anderes: Sie wollen die AHV plündern, gierig auf den grossen Schatz, der sich mit der zweiten und dritten Säule «verdienen» lässt. Es sind freisinnige Freibeuter unter falscher Flagge. Hart Steuerbord!

Wie hatte der Schiffsjunge doch in seiner Rede zum 1. August gesagt: «Scheitern muss möglich sein.» Unbedingt! Am 24. September haben Petra und ihre Besatzung die Chance, so richtig schön und mit viel Getöse auf Grund zu laufen. Volle Fahrt voraus!

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Unfall – Krankheit – Invalidität: Sozialversicherungen unter der Lupe D1.8.1712

11.–12. September 2017, Solbadhotel, Sigriswil
 Inhalt: Funktionsweise, Leistungen, Anspruchsvoraussetzungen und Finanzierung von UV, KV und IV, politische Streitfelder, Zukunftsperspektiven und gewerkschaftliche Positionen
 Referentinnen: Anna Sax (Gesundheitsökonomin), Christine Goll (Movendo)

KollegInnen in schwierigen Situationen beraten D1.7.1710

13.–14. September 2017, Seminarhaus Boldern, Männedorf ZH
 Rolle der PV bei individuellen

Anliegen einzelner Mitarbeitender, rechtliche Grundlagen und Abläufe, Gesprächsführung
 Referent: Roland Christen (Organisationsentwickler/Mediator)

AufbauSeminar für Mitglieder von Personalvertretungen

D1.7.1706
 18.–20. September 2017, Solbadhotel, Sigriswil
 Erfahrungsaustausch und Standortbestimmung, Erfolgsfaktoren für die PV-Arbeit, Beteiligung der Mitarbeitenden, Sitzungs-gestaltung, Gesprächsführung, Handlungsmöglichkeiten für eine bessere Arbeitswelt
 Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Medienarbeit: professionell und praxisnah D1.8.1715

21.–22. September 2017, Fortbildungszentrum, Oberdorf SO
 Grundlagen der Medienarbeit, die richtige Botschaft in der richtigen Form, Körpersprache, Sprechregeln, Atemtechnik, Umgang mit Lampenfieber
 Referentin: Bruna Fossati (Fachfrau für Kommunikation und Organisationsentwicklung)

Schreibwerkstatt D1.8.1716

25.–26. September 2017, Computerschule, Bern
 Texte kritisch lesen, lustvoll und sorgfältig schreiben, komplexe Verhältnisse verständlich und ohne Phrasendrescherei darstellen, Artikel und LeserInnenbriefe in frischer Sprache verfassen
 Referent: Stefan Keller (Journalist und Autor)

Effizient lesen – die Infoflut bewältigen D2.6.1705

11. Oktober 2017, Hotel Banana City, Winterthur
 Umgang mit der Infoflut, Entwicklung persönlicher Auswahlkriterien, Techniken und Strategien für erhöhte Leseschwindigkeit und Merkfähigkeit
 Referent: Michael Liechti (Erwachsenenbildner)

Erfolgreich verhandeln D1.8.1713

12.–13. Oktober 2017, Fortbildungszentrum, Oberdorf (SO)
 Verhandlungsvorbereitung und -beeinflussung, Interessen und Positionen durchsetzen, Beispiele von GAV- und betrieblichen Kollektiv-Verhandlungen
 Referentin: Danièle Lenzin (Unia)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70.

AGENDA 2017/2018

2. SEPTEMBER
 Mitgliederversammlung
 SP Frauen* Schweiz
 Bern, Progr

24. SEPTEMBER
 Abstimmungen

14. OKTOBER
 Delegiertenversammlung
 Olten

3. NOVEMBER
 Jubiläumsfest «100 Jahre
 SP Frauen* Schweiz»
 Bern, Progr

11. NOVEMBER
 Herbstanlass SP60+, Zürich

2018

24. FEBRUAR
 Delegiertenversammlung

23. JUNI
 Delegiertenversammlung

1./2. DEZEMBER
 Parteitag

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– per Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.



16.09 Treyvaux (FR) ♦ 17.09 Freiburg-Fribourg (FR) ♦ 22.09 Olten (SO)
 23.09 Liestal (BL) ♦ 24.09 Basel (BS) ♦ 06.10 Samoëns (F-Haute-Savoie)
 07.10 Genève (GE) ♦ 08.10 Cernay (F-Haut-Rhin) ♦ 13.10 Dole (F-Jura)
 14.10 Saint-Maurice (VS) ♦ 15.10 Porrentruy (JU) ♦ 17.10 Genève, ONU (GE)
 20.10 Luzern (LU) ♦ 21.10 Winterthur (ZH)
 22.10 Mendrisio (TI) ♦ 11.11 Gland (VD)

Produktion ATD Vierte Welt Schweiz – 026 413 11 66 – theater@vierte-welt.ch – www.vierte-welt.ch



Renten sichern.

**AHV stärken am
24. September**

2x JA